DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

115/2002

Kiel, 9. September 2002

25. Tagung des Landtages:Zu Beginn Gedenken an den 11. September 2001

Kiel (SHL) – Eine gut gefüllte Tagesordnung erwartet die Abgeordneten, wenn sie am Mittwoch, 11. September 2002, ab 10:00 Uhr zu ihrer 25. Tagung zusammen kommen. Am Freitag um 18:00 Uhr will man nach insgesamt achtzehn Stunden Diskussion und Beschlussfassung diese Tagesordnung abgearbeitet haben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Landtagspräsident Heinz-Werner Arens an den **Terroranschlag** erinnern, der die Welt vor genau einem Jahr erschütterte. Die Abgeordneten werden der Opfer dieses Anschlages gedenken. Darüber hinaus werden in der Lobby drei großformatige Bilder des Kieler Künstlers Eberhard Oertel ausgestellt. Oertel gab seinen Werken die Überschrift: "Drei eigenständige Versuche eines Gedanken zum 11. September". Diese Bilder werden im Beisein des Künstlers in der Mittagspause des Landtages (ca. 13:00 Uhr) vorgestellt.

Im Anschluss an die kurze Ansprache des Landtagspräsidenten stehen die Beratungen des **Landeshaushaltes** für **2003** an. Die Erste Lesung dieser Regierungsvorlage wird gut drei Stunden des ersten Sitzungstages in Anspruch nehmen.

Danach geht es in Zweiter Lesung um das **Standardöffnungsgesetz**, das die FDP-Fraktion eingebracht hatte (Drs. 15/123). Der Innen- und

Rechtsausschuss gibt dem Landtag die Beschlussempfehlung, diesen Gesetzentwurf abzulehnen (Drs. 15/2059).

Eine Änderung des Schulgesetzes schlägt die CDU-Fraktion vor (Drs. 15/2033). In Erster Lesung berät der Landtag über den Gesetzentwurf, mit dem die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft erleichtert werden soll.

Eine Aufhebung des Betriebsverbotes von Autowaschanlagen an Sonn- und Feiertagen fordert die FDP-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf (Drs. 15/2068), der anschließend in Erster Lesung beraten wird. Das Ladenschlussgesetz stehe dem Betrieb einer Autowaschanlage an Sonn- und Feiertagen nicht entgegen, da das Wagenwaschen als eine Dienstleistung und nicht als Warenverkauf verstanden werde, so die Begründung der FDP.

Ebenfalls in Erster Lesung wird danach der Gesetzentwurf der Landesregierung beraten, mit dem eine **bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** sichergestellt werden soll (Drs. 15/2074). Mit diesem Gesetz werden die Kreise und kreisfreien Städte beauftragt, diese im Bundessozialhilfegesetz neu geschaffene Regelung umzusetzen.

Am Donnerstag, 12. September 2002, steht zu Beginn die Regierungserklärung zu den Regenwasser- und Flutschäden auf der Tagesordnung. Zu diesem Thema liegen außerdem drei Anträge der FDP-Fraktion und ein Antrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor. Zum einen geht es um die Finanzierung der Kosten der Hochwasserkatastrophe (Drs. 15/2054 und 2101). Dabei gehen die Meinungen auseinander: Während die FDP die Verschiebung der 2. Stufe der Steuerreform durch die Bundesregierung ablehnt, unterstützen die Regierungsfraktionen diese Entscheidung. Zum zweiten wird ein Entschließungsantrag zum Landeswassergesetz beraten (Drs. 15/2085). Darin fordert die FDP von der Landesregierung einen Gesetzentwurf, der unter anderem die Kostenübernahme für Verstärkung und Erhöhung eines Deiches durch das Land sicherstellen soll. Zum dritten hat die FDP eine Resolution zum Elbehochwasser in Schleswig-Holstein vorgelegt (Drs. 15/2093), mit der allen Einsatzkräften und freiwilligen Helferinnen und Helfern gedankt werden soll. Um den **Wettbewerb in der Stromwirtschaft** geht es in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, die

danach diskutiert wird (Drs. 15/1871). Demnach gibt es in Schleswig-Holstein 43 Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), die im vergangenen Jahr rund 15.500 Millionen Kilowattstunden an gut 1,8 Millionen Kunden verkauft haben.

Die **Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein** steht im Mittelpunkt einer Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, über deren Beantwortung anschließend beraten wird (Drs. 15/2075). Demnach liegt die Versorgungsquote im Kindergartenbereich (3 – 6jährige) zwischen 80 und 90. Anders sieht es bei den unter Dreijährigen und den Schulkindern aus: Laut Landesregierung gibt es in Schleswig-Holstein für fünf Prozent aller Grundschüler Hortplätze und für ein Prozent aller Kleinkinder Krippenplätze.

Nach der Mittagspause geht es dann weiter mit dem Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Drs. 15/1817), den die Landesregierung auf Antrag des SSW vorgelegt hat. Daran schließt sich der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendbeauftragten (Drs. 15/1864) an.

Die Verhinderung der Spieleinsatzsteuer (Drs. 15/2071) will die FDP-Fraktion erreichen. In ihrem Antrag dazu wird die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass statt der geplanten Steuer von 20% auf den Spieleinsatz lediglich eine Steuer von 8% auf den Kasseninhalt erhoben wird. Ansonsten drohe vielen mittelständischen Betrieben dieser Branche der Konkurs. In einem weiteren FDP-Antrag geht es danach um die Förderung von

Schulsozialarbeitsprojekten aus Mitteln des europäischen Sozialfonds (ESF) (Drs. 15/2070). Darin fordert die FDP die Landesregierung auf, künftig auch Frühförderprojekte für Hauptschülerinnen und Hauptschüler mit einzubeziehen und die Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten.

Am Freitag, 13. September 2002, startet der Landtag mit einem Bericht der Landesregierung zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission (Drucksache lag noch nicht vor). Hierzu wird das Sozi-

alministerium einen schriftlichen Bericht vorlegen.

Anschließend erfolgt die Erste Lesung des **Tariftreuegesetzes**, zu dem die Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW einen Entwurf vorgelegt haben (Drs. 15/2094). Ziel des Gesetzes ist es, öffentliche "Aufträge über Baumaßnahmen und

im öffentlichen Personennahverkehr nur an Unternehmen" zu vergeben, die tariflich vereinbarte Löhne zahlen.

Ebenfalls in Erster Lesung wird danach ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion debattiert: das **Gesetz zur Ablösung des 'Mittelstandsförderungsgesetzes' vom 27. Juli 1977** (Drs.15/2056).

Die **Olympiabewerbung 2012** will die CDU-Fraktion stärker unterstützen. Daher fordert sie in einem Antrag die Landesregierung auf, die geplanten Projekte finanziell zu fördern. (Drs. 15/2087).

Am Nachmittag berät der Landtag in Erster Lesung über das von der Landesregierung vorgelegte **Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen** (Drs. 15/2073). Ziel des Gesetzes ist es, das Benachteiligungsverbot behinderter Menschen auf Landesebene rechtlich umzusetzen sowie die Benachteiligung behinderter Frauen zu beseitigten. Außerdem soll die Rechtsstellung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen geregelt werden.

Anschließend geht es um **Bodenschutz und die Verwertung von Biomasse auf landwirtschaftlich genutzten Flächen**. Hierzu hatte die FDP-Fraktion eine Große Anfrage vorgelegt, deren Antwort nun beraten wird (Drs. 15/2078).

Danach geht es um den **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für das Jahr 2001** (Drs. 15/1800).

Nächstes Thema ist der **Vollzug der Gefahrhundeverordnung**, über den die Landesregierung dem Landtag berichtet (Drs. 15/1958). Darin kündigt die Landesregierung an, die Gefahrhundeverordnung nach der zu erwartenden Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zu überarbeiten.

Auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1931) legt die Landesregierung einen Bericht zum **Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt** (Drs. 15/2077) vor. Seit Beginn des Modellversuchs am 1.12.2001 sind insgesamt 59 Wegweisungen bei 281 Einsätzen in Fällen häuslicher Gewalt erfolgt.

Danach geht es um die **Versorgung der Bauwirtschaft mit Kies** (Drs. 15/1826 und 2081). Abschließend beschäftigt sich der Landtag dann noch mit dem **Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals**. Hierzu hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/1936).

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemelde-

ten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

	ТОР	Berichter- stattung
4	Landesversorgungsrücklagengesetz	5
5	Hochschulgebührengesetz	5
6	Gesetz über die Errichtung des Havariekommandos	-
8	Landesreferenzzinsgesetz	-
21	Veräußerung eines landeseigenen Fläche	-
22	Europäische Beschäftigungsstrategie	-
23	Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen	-
28	Budgets für Menschen mit Behinderung	-
37	Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses	5
39	Bürgerbegehren und Bürgerentscheide	5
49	Landeszentrale für politische Bildung	5
50	Zukunft der Lehrerbildung	5

Ablauf und Beratungszeiten der 25. Tagung

	ТОР		SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Fragestunde								30
2	Regierungserklärung zu den Regenwasser- und Flutschä- den - mit TOP 20, 27 und 31 am	-	20	20	20	20	20	20	120
	Donnerstag 10:00 Uhr -								
	Zweite Lesungen								
3	Standardöffnungsgesetz (FDP)	5	5	5	5	5	5	5	35
4	Änderung des Landesversorgungsrücklagengesetzes (Reg.)	5		- oh	nne Au	ıssprach	ne -		5
5	Hochschulgebührengesetz (Reg.)	5	- ohne Aussprache -					5	
	Erste Lesungen								
6	Gesetz zu der Vereinbarung über die Errichtung des Hava- riekommandos (Reg.)		- ohne Aussprache -						

	ТОР	Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
7	Gesetz über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003 (Reg.) - mit TOP 38 am Mittwoch 10:00 Uhr -	-	35	35	35	35	35	40	215
8	Landesreferenzzinsgesetz (Reg.)			- oł	nne Au	ısspracl	ne -	·	
9	Änderung des Schulgesetzes (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
10	Gesetz zur Ablösung des "Mit- telstandsförderungsgesetzes" (CDU) – nach TOP 14 -	-	5	10	5	5	5	10	40
11	Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
12	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Reg.) - Freitag 15:00 Uhr -	-	5	5	5	5	5	5	30
13	Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
14	Tariftreuegesetz (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN u. SSW) - nach TOP 53 -	-	5	5	5	5	10	5	35
	Große Anfragen								
15	Wettbewerb in der Stromwirt- schaft (CDU) - nicht am Freitag -	-	10	10	10	10	10	10	60
16	Kinderbetreuung in Schleswig- Holstein (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) - Donnerstag 15:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60
17	Bodenschutz und die Verwertung von Biomasse (FDP)	-	10	10	10	10	10	10	60
	Anträge								
18	Landesnachhaltigkeitsstrategie erfolgreich weiterentwickeln (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- Absetzung von der Tagesordnung vorge- sehen -							

	ТОР	Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
19	Verbesserung des Tierschutzes (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- Absetzung von der Tagesordnung vorge- sehen -						orge-	
20	Finanzierung der Kosten der Hochwasserkatastrophe (FDP)	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Zustimmung zur Veräußerung einer unbebauten landeseigenen Fläche (Reg.)	- ohne Aussprache -							
22	Europäische Beschäftigungs- strategie in der Arbeitsmarktpo- litik (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		- ohne Aussprache -						
23	Inanspruchnahme von Ge- sundheitsleistungen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
24	Einführung verbindlicher Stundentafeln (FDP)	- Absetzung von der Tagesordnung vorge- sehen -							rge-
25	Förderung von Schulsozialar- beitsprojekten (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
26	Spieleinsatzsteuer verhindern, Arbeitsplätze retten (FDP) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	5	30
27	Entschließung zum Landes- wassergesetz (FDP)	-	-	-	-	-	-	-	-
28	Budgets für Menschen mit Behinderung (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – nach TOP 12 -	- ohne Aussprache -							
29	Olympiabewerbung 2012 (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
30	Landes- Nachhaltigkeitsstrategie (CDU)	- Ab	setzu	ng vo		Tageso hen -	rdnur	ng vo	rge-
31	Resolution zum Elbehochwas- ser (FDP)	-	-	-	-	-	-	-	-
	Berichte								
32	Tätigkeitsbericht 2001 der Bür- gerbeauftragten	-	5	5	5	5	5	5	30
33	Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Reg.) – nach TOP 16 -	-	5	5	5	5	5	5	30

	ТОР	Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
34	Kinder- und Jugendbeauftragte (Reg.) – nach TOP 33 -	-	5	5	5	5	5	5	30
35	Bericht über die Unterrichtssi-	- Ab	setzu	ng vo	on der	Tageso	rdnuı	ng vo	rge-
	tuation an Schulen im Schuljahr					hen -			
	2001/2002 (Reg.)								
36	Bisheriger Vollzug der Gefahr-	-	5	5	5	5	5	5	30
	hundeverordnung(Reg.)								
37	Tätigkeitsbericht des Einga-	5		- oł	nne Aı	ussprach	ne -		5
	benausschusses			T	T	T		1	
38	Finanzplan des Landes	-	-	-	-	-	-	-	-
	Schleswig-Holstein (Reg.)								
39	Bürgerbegehren und Bürger-	5		- oł	nne Ai	ussprach	ne -		5
	entscheide (Reg.)								
40	Forschung mit adulten Stamm-	- Ab	setzu	ng vo		Tageso	rdnuı	ng vo	rge-
	zellen (Reg.)					hen -			
41	Geschlechtsdifferenzierte För-	- Ab	setzu	ng vo		Tageso	rdnuı	ng vo	rge-
	derung gesundheitsbezogener				se	hen -			
	Leistungen (Reg.)								
42	Ländliche Dienstleistungszent-	- Ab	setzu	ng vo		Tageso	rdnui	ng vo	rge-
	ren (Reg.)			1 _	1	hen -	<u> </u>	 _	
43	Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
44	Sportförderung für Jungen und	- Ab	setzu	ng vo	on der	Tageso	rdnuı	ng vo	rge-
	Mädchen, Männer und Frauen				se	hen -			
	(Reg.)								
45	Bund-Länder-Programm "So-	- Ab	setzu	ng vo	on der	Tageso	rdnuı	ng vo	rge-
	ziale Stadt" (Reg.)				se	hen -			
46	Versorgung der Bauwirtschaft	5	5	5	5	5	5	5	35
	mit Kies (Reg.)								
47	Ausbau des Nord-Ostsee-	5	5	5	5	5	5	5	35
	Kanals (Reg.)								
48	Rahmenbedingungen für mehr	- Ab	setzu	ng vo	on der	Tageso	rdnuı	ng vo	rge-
	Wettbewerb auf der Schiene				se	hen -			
	(SPD und BÜNDNIS90/DIE								
	GRÜNEN)		1						
49	Zukunft der Landeszentrale für	5 - ohne Aussprache - 5						5	
	Politische Bildung (CDU)								
50	Zukunft der Lehrerbildung	5		- oł	nne Aı	ussprach	ne -		5
	(CDU)								

	ТОР	Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
51	Ergebnisse der Leistungsver- gleichsstudie PISA (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- Absetzung von der Tagesordnung vorge- sehen -				rge-			
52	Schloss Salzau (Reg.)	- Ab	- Absetzung von der Tagesordnung vorge- sehen -						
53	Bericht zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission (Reg.) - Freitag 10:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60

Reihenfolge der Beratung der 25. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der Beginn der Beratung zeitlich festgelegt.

	ТОР	ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl.Beginn der Beratung
	Mittwoch, 11. September 2002		
7	Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 und Fi-	215	10:00
u.38	nanzplan		
3	Standardöffnungsgesetz	35	16:00
9	Änderung Schulgesetz	30	16:35
11	Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage	30	17:05
13	Gesetz über eine Grundsicherung im Alter	30	17:35
	Donnerstag, 12. September 2002		
2,20	Regierungserklärung zu den Regenwasser- und	120	10:00
27	Flutschäden		
u.31			
15	Wettbewerb in der Stromwirtschaft	60	12:00
16	Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein	60	15:00

	ТОР	ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl.Beginn der Beratung
33	Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	30	16:00
34	Kinder- und Jugendbeauftragte	30	16:30
26	Spieleinsatzsteuer	30	17:00
25	Förderung von Schulsozialarbeitsprojekten	30	17:30
	Freitag, 13. September 2002		
53	Bericht zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission	60	10:00
14	Tariftreuegesetz	35	11:00
10	Gesetz zur Ablösung des "Mittelstandsförderungsgesetzes"	40	11:35
29	Olympiabewerbung 2012	30	12:15
12	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen	30	15:00
17	Bodenschutz und Verwertung von Biomasse	60	15:30
32	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten	30	16:30
36	Vollzug der Gefahrhundeverordnung	30	17:00
43	Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt	30	17:30
46	Versorgung der Bauwirtschaft mit Kies	35	
47	Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals	35	

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119 V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/presseticker